

GEMEINDERATSSITZUNG		Datum: 26.1.2012 Ort: Gemeindeamt Sitzungssaal Erdgeschoß
Einberufen von: Bürgermeister DI (FH) Josef Kreiser	Beginn: 19.00 Uhr	
Leitung: Bürgermeister DI (FH) Josef Kreiser	Protokoll: Mag. ^a Alexandra Hörtnagl	
Anwesend: Bgm DI (FH) Josef Kreiser 1.VBgm Johanna Stieger 2.VBgm Erich Steffan GV Ing. Mag. Karl Neurauder GR Philipp Rangger GR Reinhard Winkler GR Mag. Thomas Öfner GR Ing. Johann Hochrainer GR Ing. Johannes Prantl GR DI Peter Erlacher GR Robert Kaufmann GR Regina Stolze- Witting GR DI Rainer Schöpf GR Josef Gspan jun. Ersatz GR Kapferer Georg Ersatz GR Markus Holzknacht Ersatz GR Plattner Marion Ersatz GR Marion Witting Ersatz GR Mag. Dr. Thomas Hirschmann	Entschuldigt: GV Rosmarie Achammer GV Dr. Karl Pjeta GV Mag. Walter Draxl M.Sc. GR Mag. (FH) Peter Kaserer GR Dr. Fritz Pletzer	
6 Zuhörer sind ebenfalls anwesend.		
Die Einladung sämtlicher Mitglieder der Gemeindevertretung erscheint ausgewiesen. Die Gemeindevertretung zählt 19 Mitglieder; anwesend hievon sind 19; der Gemeinderat ist daher beschlussfähig.		
Tagesordnung		
<ol style="list-style-type: none"> 1. Monatsbericht des Bürgermeisters 2. Kenntnisnahme des Gemeinderatsprotokolls vom 15. Dezember 2011 3. Anträge zur Geschäftsordnung bzw. Tagesordnung 4. Beratung und Beschlussfassung aller Jahressubventionen für 2012 5. Durchführung der Jahresveranstaltungen – Prozessionen, Bezirksmusikfest, Kriegergedächtnis und Erntedank – Aufstellung der Zelte am Musikpavillon und Festplatz durch die Marktgemeinde 6. Seraphisches Liebeswerk der Kapuziner – Geschäftsführung betreffend Schülerfreifahrten für SchülerInnen mit Behinderung, Elisabethinum Axams 7. Beschlussfassung zur Ausstattung eines Projektraumes für die Fortführung des 		

- Jugend-Demokratieprojektes Freiräume
8. Antrag der Zirler VP um Reduzierung der Aufwandsentschädigung für Gemeinderäte und Gemeindevorstände
 9. Flächenwidmungsplanänderung – Beratung der raumordnerischen Machbarkeit der landwirtschaftlichen Sonderfläche „Hofstelle“ nach TROG § 44 / 2011 auf Gst. 1048 – 1054 in der Aue
 10. Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes und der Flächenwidmungsplanung – Aufhebung des Beschlusses vom 9.7.2008 für Sonderfläche metallverarbeitender Betrieb laut TROG § 43 auf Gst. 3195 – Dirschenbach
 11. Sanierung Schwimmbad Zirl
 - a) Bericht des Obmannes über den Sanierungsfortschritt bzw. Umfang
 - b) Allfällige Vergaben bzw. Zuschlagsentscheidungen und Beschlussfassungen
 - c) Darlehensaufnahme laut Ausschreibung für die Schwimmbadsanierung
 12. Ansuchen um Erwerb einer Teilfläche von ca. 18 m² aus Gp. 1813/11 Am Anger für Reinhold Gspan
 13. Einräumung einer Dienstbarkeit einer Leitungsführung – Kleinwasserkraftwerk - auf Gst. 1488/1 KG Zirl für Ing. Roland Kluckner
 14. Veranstaltungssaal:
 - a) Bericht des Obmannes
 - b) Beratung über die Errichtung eines GmbH-Vertrages zur Geschäftsführung
 - c) Beratung über die Errichtung eines GmbH & Co KG-Vertrages zur Betriebsführung
 - d) Beratung über einen Geschäftsführervertrag und Beratung über die Bestellung eines oder mehrerer Geschäftsführer
 - e) Vermögensausstattung der Gesellschaft (GmbH & Co KG – Übertragung der Liegenschaft Gst. 138 in EZ 962 (Bahnhofstraße 4)
 - f) finanzielle Ausstattung der Gesellschaft (GmbH & Co KG) – Darlehensaufnahme durch die Gesellschaft in der Höhe von ca. € 7 Mio. laut Kostenschätzung im Gemeinderatsbeschluss vom 24.2.2011
 - g) Beratung im Hinblick auf Möglichkeiten einer anderweitigen Nutzung des projektierten Banklokales und weitere Vorgangsweise
 15. Winterdienst auf der B177 – Neuverhandlung und Kündigung der Vereinbarung mit dem Land Tirol
 16. Straßenbauprojekte
 - a) Bericht des Obmannes
 - b) Kalvarienbergweg - Weineck, Franz- Plattner-Straße – weitere Vorgangsweise
 17. Bericht des Obmannes Leitungsausschuss ´szenzi und Sprengel
 18. Anfragen an den Gemeindevorstand und die Referenten
 19. Allfälliges, Anträge und Anfragen

Behandlung der Tagesordnungspunkte – Protokoll

Bgm. Kreiser eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden und erklärt den GR für beschlussfähig. Weiters begrüßt er herzlich die Vertreter der Presse.

1. Monatsbericht des Bürgermeisters

Olympische Jugendspiele - Fackellauf in Zirl

Der Fackellauf anlässlich der Youth Olympic Games 2012 war ein voller Erfolg. Es sind die Zirler Fackelläufer von vielen Zuschauern empfangen worden. Dank gilt an allen Organisatoren und besonders Polizeiinspektion Zirl, Feuerwehr Zirl und Bergwacht sowie vielen Helfern. Die Tafel soll in Kürze am Sportplatz als Startpunkt angebracht werden und die Erinnerungsfackel ist im Gemeindeamt deponiert. Des Weiteren kann man von Erfolgen bei den Jugendspielen berichtet werden, demnächst in Allfälliges.

50+ Programm für Zirler als EU-Co-Projekt

Die Gemeinde begleitet kostenfrei ein EU-Co-Projekt für 50+ Zirler, die mit England in ein gemeinsames Projekt mit Leo Kaserer integriert sind.

Winterdienst und Schneeräumung

Aufgrund des schönen Winters mit viel Schnee ist der Bauhof bzw. unser Winterdienst voll gefordert. Es ist notwendig einen weitem Schneepflug für drei Monate Jänner bis März anzumieten um mit dem gesamten Personal und Fuhrpark die Schneeräumung zu bewältigen. Es gibt kleinere Schäden, die von der Versicherung gedeckt und bearbeitet werden. Auch gibt es viele Holzschäden im Bereich Hochzirler Straße bzw. Forstwege. Problematisch sind die vielen Privatwege mit viel Unverständnis und natürlich sind mit größeren Kostenüberschreitungen, bis zu 50.000 Euro oder mehr zu rechnen.

Schluss-Statistik 2011 des Melde- und Standesamt liegt wieder vor

Die wichtigsten Zahlen:

Geburten in Zirl: 0

Durchgeführte Eheschließungen: 41

Sterbefälle: 67

Staatsbürgerschaften Evidenzen: 7847 (drei Gemeinden Zirl, Inzing, Hatting) davon 329 ausgestellte Staatsbürgerschaftsnachweise

Personalvertretungswahlen

Die Personalvertretungswahlen für die Gemeindebediensteten stehen wieder an. Die vierjährige Periode ist abgelaufen. Die Vorbereitungen haben stattgefunden. Der geplante Wahltermin ist der 5. und 6. März.

Preisgelder Veranstaltungssaal

Die Preisgelder in der Höhe von 90 Tausend Euro des Architekturwettbewerbes sind an die drei Sieger und drei Anerkennungspreise ausbezahlt worden. Somit ist der Wettbewerb erfolgreich abgeschlossen.

Jahresrechnung

Die Abschlussarbeiten für die Jahresrechnung 2011 werden diese Woche erledigt. Der Prüfungstermin mit dem Überprüfungsausschuss für die Vorprüfung gemäß TGO ist bereits vereinbart. Wir können mit einem knappen Überschuss von ca. 30.000 Euro rechnen. Der

Verschuldungsgrad wird aufgrund der vielen Investitionen leicht ansteigen. Trotz vieler Aufwendungen ist erfreulicherweise mit diesem leicht positiven Abschluss zu rechnen.

2. Kenntnisnahme des Gemeinderatsprotokolls vom 15. Dezember 2011

Bgm. Kreiser fragt nach Wortmeldungen.

GR Ing. Prantl erwähnt Punkt 8 der Tagesordnung vom 15.12.2011. Dabei wurde im Beschluss „der Planungsauftrag, die Modellausarbeitungen und die Gesamtzielsetzung für den Ausschuss soll wie vom Ausschuss vorgeschlagen, gemacht werden.“ Er präzisiert, dass vom Ausschuss eine Weiterberatung zu den oben erwähnten Punkten gemacht werden soll.

Bgm. Kreiser lässt dies im Protokoll aufnehmen.

GR Mag. Dr. Hirschmann erwähnt zum Punkt „Schwimmbadsanierung“, dass durch die Aussage „es erfolgt eine allgemeine Diskussion“ nicht eindeutig zu lesen ist, dass es um die zeitliche Komponente ging, dass nicht schon beim Einlangen des Bescheides im Juli darauf reagiert wurde.

VBgm. Stieger meint dazu, dass es sich hier nur um eine persönliche Meinung von Herrn GR Mag. Dr. Hirschmann handeln kann.

GR Witting möchte auf das Protokoll der Arbeitssitzung im November 2011 des Gemeinderates hinweisen, dass sie als anwesend eingetragen ist, jedoch bei der Sitzung nicht anwesend war.

Bgm. Kreiser bittet dies zu entschuldigen.

GR DI Erlacher erwähnt sein Mail vom 29.12.2011 an die Amtsleitung in dem seine Sicht auf den Tagesordnungspunkt 11 aufgezeigt wurde. Er möchte dieses Mail wortwörtlich aufgenommen haben.

„Sehr geehrte Frau Amtsleiterin, hallo Alexandra!

Bezüglich des Protokolls zur Sitzung vom 15.12.2011 möchte ich anmerken, dass aus meiner Sicht der Vermerk "Es erfolgt eine allgemeine Diskussion" unter Punkt 11 nicht dem wahren Diskussionsverlauf gerecht wird. Daher bitte ich zumindest zu vermerken, dass seitens der Fraktion "Für Zirl - SPÖ und Parteifreie" heftige Kritik an den üblich werdenden Direktvergaben an Lieferanten und Dienstleistern geübt wurde und dass dadurch der Eindruck der Heranzüchtung von "Haus-und Hoflieferanten" bei den Mitwerbern entsteht. Dies gilt es zu vermeiden.

Vielen Dank, LG Peter“

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dankt Bgm. Kreiser für die Zustimmung des restlichen Protokolls.

3. Anträge zur Geschäftsordnung bzw. Tagesordnung

Keine Wortmeldungen.

4. Beratung und Beschlussfassung aller Jahressubventionen für 2012

Bgm. Kreiser berichtet, dass die Summen für die Subventionen bereits in der Sitzung des Gemeinderates am 15.12.2011 beschlossen wurden. Ergänzend dazu hat es eine Diskussion im

Gemeindevorstand und in den jeweils betroffenen Ausschüssen gegeben. Somit gibt es insgesamt vier Ergebnisse der Gesamtsumme – Wirtschaftsausschuss, Kulturausschuss, Sportausschuss und Gemeindevorstand.

Bgm. Kreiser möchte die vom Amt zusammengestellte Gesamtliste, die den Mandataren als Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurde Verein für Verein durchgehen. Grundvoraussetzung für eine Behandlung ist, dass vom Verein angesucht wurde und die Unterlagen bis Jahresende eingebracht wurden. Der Gemeinderat hat schon in der Vergangenheit beschlossen, dass jene Vereine, die keine Nachweise bringen nicht bei der Subventionsvergabe berücksichtigt werden.

Bgm. Kreiser möchte nur über einen Grundsatzbeschluss diskutieren lassen, dass jeder Verein, der bis 31.12. des auszahlenden Jahres die Nachweise nicht eingebracht hat die Subvention zurückzahlen sollte.

GR Schöpf fragt nach, wie die Gemeinde damit umgeht, wenn 1- bis 2-mal eine Erinnerung an die Vereine ergangen ist und bis Jahresende kein Ansuchen oder Nachweis vorhanden ist.

Bgm. Kreiser erklärt, dass diese Vereine eine Mahnung bekommen sollen und bei weiterem Missachten der Aufforderung eine Zurückzahlung erfolgen soll.

VBgm. Steffan möchte eine Trennung betreffend den Zeitrahmen. Die Rechnungslegung für das vergangene Jahr, für das jetzige Jahr und für das kommende Jahr sollten getrennt gesehen werden. Die Rechnungslegung erfolgt bis Ende des Jahres. Beispielhaft erwähnt er den Lohnsteuerausgleich der auch erst darauffolgendes Jahr gemacht werden kann.

Bgm. Kreiser informiert, dass jeder Verein bereits im Mai letzten Jahres ein Schreiben bekommen hat und seiner Meinung nach von Mai bis Weihnachten genügend Zeit für ein Ansuchen und die Eingabe der Nachweise ist. Es sollte die grundsätzliche Vorgangsweise nun festgelegt werden.

VBgm. Steffan meint, dass das erwähnte Schreiben irgendjemand vom Verein bekommt und es einige Zeit dauern kann bis dieses Schreiben beim Kassier eingelangt ist.

GR Mag. Öfner ist grundsätzlich der Meinung, dass Subventionen abgerechnet und nachgewiesen werden müssen. Persönlich ist er der gleichen Meinung wie die Vorgangsweise beim Land gehandhabt wird. dort muss die das Ansuchen und die Nachweise bis Ende Jänner oder Februar eingebracht werden. Wenn die Subventionen des Vorjahres noch nicht abgerechnet wurde, dann kann man nicht schon wieder ein neues Ansuchen einreichen. Also könnte man als Stichtag nicht den 31.12., sondern Ende Februar nehmen.

GR Kaufmann fragt nach, wie bei den 20 Vereinen, die noch nicht abgerechnet haben die weitere Vorgangsweise aussieht.

Bgm. Kreiser informiert, dass jetzt eine Mahnung erfolgen könnte und gleichzeitig ein Erlagschein mitgeschickt werden kann mit dem man sonst zurückzahlen muss. Also würden als Antwort des Vereines entweder Geld oder die Rechnungsbelege zurückkommen. Dann könnte in der nächsten Gemeindevorstandssitzung über die verspätet eingelangten Rechnungsbelege beraten werden. Als Frist für das nachträgliche Einlangen würden 14 Tage ab dem Schreiben genügen.

GR Kaufmann wehrt sich nicht dagegen, dass grundsätzlich abgerechnet werden muss. Er ersucht zu bedenken, dass die Obmänner vom einigen Verein sicherlich nicht richtig aktiv sind. Dadurch würden Leute im Verein gestraft, dass 1 oder 2 nicht richtig arbeiten.

VBgm. Stieger meint, dass beim Amt der Tiroler Landesregierung bis 31.10. abrechnet muss. Seit 3 Jahren bekommen die Vereine Briefe, dass es ein Formular gibt in dem drinnen steht bis wann abzurechnen ist. Ein vereinsinterner Postweg von Mai bis Dezember ist eher unwahrscheinlich. Privat kann man das auch nicht machen. Das Land Tirol schreibt, dass entweder binnen 14 Tagen die Nachweise eingebracht werden oder sonst zurückzuerstatten ist. Neue Ansuchen werden erst nach vorheriger richtiger Abrechnung angenommen. In der Marktgemeinde Zirl werden die Subventionen zurzeit verbettelt. Ein Lernprozess von drei Jahren sollte genug sein.

Rangger ist ebenfalls der Meinung, dass der ganze Budgettopf Subventionen vom Gemeinderat verbettelt wird. Dadurch teilen wir auf unter Vereinen auf, die im Prinzip im Moment keinen Anspruch haben.

GR Öffner ist ebenfalls grundsätzlich der Meinung, dass jetzt alles verbettelt wird. Es gibt Vereinen, die viel für die Gemeinschaft beitragen.

Bgm. Kreiser bittet beim 31.12. als Frist zu bleiben, damit rasch eine Auszahlung an die Vereine vorgenommen werden kann. Dadurch können die Vereine auch besser planen und budgetieren.

Beschluss:

Generell sollen Subventionen an Vereine und Institutionen vergeben werden, die bis 31.12. den Nachweis mittels Belege abgegeben haben.

Dies wird einstimmig beschlossen

Zweiter Grundsatzbeschluss:

Jene Vereine, die auf der vorliegenden Liste entweder kein Ansuchen oder keine Belege eingebracht haben sollen vom Amt eine Mahnung bekommen. bei der Mahnung soll eine Nachfrist von 14 Tagen zum Einbringen der Nachweise gesetzt werden oder der Verein muss zurückzahlen. Sobald die Nachweise im Amt sind, werden sie dem Gemeindevorstand zugewiesen, der anschließend die Freigabe veranlassen kann.

Dies wird einstimmig beschlossen

GR DI Erlacher fragt nach, ob die Abrechnung oder Belege des Vereines gemeint sind. Dies ist einigen Vereinen nicht klar.

Bgm. Kreiser wurde ebenfalls darauf angesprochen. Es soll nicht der Kassabericht eingebracht werden, sondern die Rechnungsbelege in der Höhe der Subvention. Dies kann in der Mahnung nochmals präzisiert werden.

Bgm. Kreiser möchte die vorliegende Gesamtliste der Subventionen 2012 einzeln durchgehen. Bei den Sachförderungen handelt es sich um die Hallennutzungen usw. Er möchte zuerst über den jeweils niedrigeren Betrag abstimmen lassen, dies im Sinne des Spargedankens.

VBgm. Stieger fragt nach, ob nun nur jene Vereine behandeln werden, die in den letzten Spalten mit „Belege 2011 JA und Ansuchen 2012 JA“ gekennzeichnet sind.

Bgm. Kreiser antwortet, dass dies korrekt ist.

GR Stolze-Witting fragt nochmals nach den Sachförderungen, was dieser Punkte beinhaltet. Sind hier auch Personalkosten inbegriffen.

Bgm. Kreiser informiert, dass dabei beispielhaft Strom, Hallenmieten jedoch seines Wissens keine Personalkosten.

GR Mag. Dr. Hirschmann fragt nach dem Verein Nr. 1 und informiert darüber, dass es sich hierbei um einen neuer Verein handelt.

Bgm. Kreiser informiert, dass das Ansuchen bis zur Erstellung der Liste nicht da war. Es ist jedoch inzwischen per Email eingelangt. Deshalb wird über diesen Verein erst im Gemeindevorstand entschieden, sobald die anderen Vereine auch vorliegen.

Bgm. Kreiser verliest einzeln die Namen der Vereine, den Budgetwert und den vom Ausschuss angesetzten Betrag.

Beschlüsse:

Liste der Gesamtsubventionen mit Beschluss und Abstimmungsverhältnis und Auszahlungsbetrag siehe Anhang!

Bgm. Kreiser bedankt sich im Namen der Verein für die Beschlüsse der Subventionen. Nun werden alle anderen Vereine angeschrieben.

Herr Kleissl aus dem Publikum meldet sich und übergibt von den Pfadfindern an VBgm. Stieger die Unterlagen mit den Rechnungsnachweisen, die am 27.12. dem Amt per Post zugegangen sind.

5. Durchführung der Jahresveranstaltungen – Prozessionen, Bezirksmusikfest, Kriegergedächtnis und Erntedank – Aufstellung der Zelte am Musikpavillon und Festplatz durch die Marktgemeinde

VBgm. Stieger berichtet, dass es keinerlei Räumlichkeiten für die Verköstigung nach den Prozessionen gibt. Daher nun die Frage, ob es gleich gemacht werden soll wie letztes Jahr. An die Gemeinde werden verschiedene große Arbeiten betreffend das Bezirksmusikfest herankommen. Vom 5. – 8. Juli wird das große Zelt für das Bezirksmusikfest stehen. Die Empfehlung des Ausschuss ist ein kleines Zelt als Vorbau beim Pavillon anzubringen. Die großen Veranstaltungen, wie Erntedank oder Kriegergedächtnis sollen am Festplatz gemacht werden.

Bgm. Kreiser informiert, dass es bei einem Bezirksmusikfest Usus ist, dass der Musikverein von der Gemeinde unterstützt wird. Landeshauptmann Platter hat bereits den Ehrenschatz übernommen. Alle Bürgermeister aus der Region werden kommen. Die Arbeiten für dieses große Fest sollte nicht allein dem Musikverein überlassen werden.

GR Stolze-Witting fragt nach, ob man nicht mit den Nachbarn beim Pavillon im vorhinein Kontakt aufnehmen sollte. Die Fahrverbote in dem Bereich sollten eingehalten werden.

Bgm. Kreiser erklärt, dass es immer eine Veranstaltungsmeldung braucht und der Veranstalter dabei die notwendige Info bekommt. Insbesondere, dass die Fahrverbote usw. einzuhalten sind. Es gibt das Tiroler Veranstaltungsgesetz, das alles regelt. Es gibt einen namhaften Veranstalter. Es ergeht ein Bescheid, der der Polizei und BH gemeldet wird. Über die Probleme mit Lärm, Haftungen usw. Sonderfälle hier wird der Veranstalter genau instruiert. Es gibt keine öffentliche Veranstaltung, die nicht behördlich genau geregelt ist. Die Behörde muss tätig werden, wenn es Beanstandungen gibt. Beim Festzelt gab es diese Beschwerden auch.

GR Mag. Dr. Hirschmann meint, dass man vielleicht im Bescheid zusätzliche Auflagen machen könnte, wie z.B. dass die Standln am Musikpavillon nicht bis jetzt vor dem Musikpavillon aufgestellt lassen.

Bgm. Kreiser meint, dass es bei der aktuellen Schneelage nicht realistisch ist, die Stände abzubauen.

Beschluss:

Es soll für die Bewirtung nach den Prozessionen ein kleines Zelt durch die Marktgemeinde Zirl beim Musikpavillon aufgestellt werden.

Dies wird einstimmig beschlossen

Beschluss:

Im Herbst soll die Gemeinde für Erntedank, Jungbürgerfeier, usw. ein kleineres Zelt aufstellen.

Dies wird einstimmig beschlossen

Beschluss:

Für das Bezirksmusikfest im Juli 2012 soll eine Unterstützung für das Zelt bereitgestellt werden.

Es wird einstimmig eine Unterstützung, die noch in der Höhe zu klären ist, beschlossen.

6. Seraphisches Liebeswerk der Kapuziner – Geschäftsführung betreffend Schülerfreifahrten für SchülerInnen mit Behinderung, Elisabethinum Axams

VBgm. Stieger berichtet, dass es nach Rücksprache mit dem Seraphischen Liebeswerk um die Schülerfreifahrten geht. Eigentlich müsste der Antrag über die Eltern eingereicht werden. Aufgrund verschiedenster Umstände ist es zu den offenen Beträgen gekommen. In der Marktgemeinde Zirl betrifft es ein Kind. Die Kosten belaufen sich auf € 2.000,-.

Vom Ausschuss wird empfohlen € 1.000 zu übernehmen. Also vorerst die Hälfte des Betrages von € 2.000,- pro Kind und Jahr. Die Eltern sollten getrennt bei der Gemeinde ansuchen.

Beschluss:

Laut Empfehlung des Ausschusses sollen € 1.000,- für die Schülerfreifahrt von SchülerInnen mit Behinderung von der Marktgemeinde Zirl übernommen werden.

Dies wird einstimmig beschlossen

7. Beschlussfassung zur Ausstattung eines Projektraumes für die Fortführung des Jugend-Demokratieprojektes Freiräume

Bgm. Kreiser informiert, dass es eine Arbeitssitzung des Gemeinderates am 16. Jänner 2012 gegeben hat. Dabei wurde die Ausstattung eines Raumes für das Jugenddemokratieprojekt schon vorberaten.

GR Kaufmann fragt nach, aus welchem Topf dies finanziert werden soll.

Bgm. Kreiser erklärt, dass aus dem Topf des Ortleitbildes eine Förderung in Aussicht steht. Hier sollen ca. € 3.000,- bis 4.000,- für einen Schreibtisch, Büromöbel etc. herausgenommen werden.

VBgm. Stieger erwähnt, dass für die Fortführung des Projektes eine Förderung beim JUFF eingereicht werden kann.

Beschluss:

Das Jugenddemokratieprojekt soll die Ausstattung für ein Projektbüro bekommen.

Im Wert von ca. € 3.000,- bis 4.000,-.

Dies wird einstimmig beschlossen.

8. Antrag der Zirler VP um Reduzierung der Aufwandsentschädigung für Gemeinderäte und Gemeindevorstände

Bgm. Kreiser berichtet von der letzten Gemeinderatssitzung am 15. Dezember 2012. Hier gab es einen Antrag von GR Kaufmann betreffend die Reduktion der Mandatarbezüge. In der Folge gab es Vorberatungen im Gemeindevorstand. Die Gemeindevorstände und Obleute sollen weiterhin eine gute Arbeit machen, dies war die persönliche Meinung des Bürgermeisters.

GR Kaufmann möchte nicht polemisieren. Jeder der hier im Gemeinderat sitzt macht es so gut wie er kann. Am 21.4.2010 wurden die Aufwandsentschädigungen um 1/3 erhöht. Damals waren die wirtschaftlichen Zeiten noch besser. Weltweit, europäisch und lokal wird aufgrund der angespannten Finanzlage gespart. Ein Sparen im öffentlichen Haushalt ist eine große Herausforderung. Man wird mit 20 % nicht die Welt und das Budget retten. Jedoch ergibt eine solche Reduktion über den Daumen macht das € 27.000,-. Ausgenommen ist dabei der Gehalt des Bürgermeisters.

Bgm. Kreiser lässt über die Reduktion abstimmen.

Beschluss:

Die Aufwandsentschädigung der Gemeinderäte, Ausschussobleute und Gemeindevorstände soll um 20 % reduziert werden.

Mit 8 : 11 Stimmen für die Reduktion der Bezüge abgelehnt.

9. Flächenwidmungsplanänderung – Beratung der raumordnerischen Machbarkeit der landwirtschaftlichen Sonderfläche „Hofstelle“ nach TROG § 44 / 2011 auf Gst. 1048 – 1054 in der Aue

Bgm. berichtet von einem Antrag des Herrn Georg Kapferer, der seine Hofstelle verlegen möchte.

GR Kapferer erklärt sich als befangen.

GR Schöpf berichtet aus dem Ausschuss für Raumordnung, dass Herr Georg Kapferer überlegt mit seiner Hofstelle auf die Gst. 1048 bis 1054 zu übersiedeln. Es gibt schon einen großen Stadel, nördlich von diesem Stadel wäre Platz. Im Ausschuss war man der Meinung, dass dies grundsätzlich eine gute Sache wäre. Einige Sachen sollten noch geklärt werden, wie z.B. Erschließung, Wasser, Kanal, Zufahrt, Größe der gewidmeten Grundfläche, Nachnutzung der bestehenden Liegenschaft, positives Gutachten der Agrarbehörde usw. Die Empfehlung des Ausschusses war prinzipiell positiv.

GR Mag. Dr. Hirschmann fragt nach der Hochwassersituation.

Bgm. Kreiser informiert, dass dies im Zuge der Bauführung mit Auflagen der Wildbach- und Lawinenverbauung noch zu klären ist. Eine Widmung ist auf alle Fälle dort möglich.

GR Stolze-Witting fragt nach der Machbarkeit dieser Pläne über eine Nachnutzung des bestehenden Geländes.

Bgm. Kreiser informiert, dass es eine Machbarkeitsstudie noch nicht gibt. Die Aussiedlung ist noch offen und muss erst beraten werden.

GR Mag. Öffner meint, dass für ihn die Situation zwingend und logisch ist. Es findet jedoch durch die Widmung eine Wertsteigerung statt, dies soll in den Ausschüssen mit beraten werden.

Bgm. Kreiser informiert, dass dies noch keine Widmung ist, sondern nur eine allgemeine Frage nach der Möglichkeit. Nur die Machbarkeit des Geländes ist hier zu klären.

Beschluss:

Die raumordnerische Machbarkeit soll in der Aue auf den Gst. 1048 bis 1054 beschlossen werden. Eine Sonderfläche Hofstelle erscheint machbar.

Dies wird einstimmig mit 18 Stimmen beschlossen. Es gibt 1 Befangenheit.

10. Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes und der Flächenwidmungsplanung – Aufhebung des Beschlusses vom 9.7.2008 für Sonderfläche metallverarbeitender Betrieb laut TROG § 43 auf Gst. 3195 – Dirschenbach

Bgm. Kreiser informiert darüber, dass im Jahr 2008 ein Beschluss über die Widmung zur Sonderfläche für Metall verarbeitende Betriebe der Gst. 3194 getätigt wurde. Dieser Beschluss wurde an das Land Tirol weitergeleitet: Die Umwidmung ist nie in Rechtskraft erwachsen. In einer der letzten Sitzungen wurde dort für eine Kleingartenanlage die Widmung beschlossen. Nun sind also 2 Verfahren beim Land Tirol über das gleiche Grundstück anhängig. Für die aufsichtsbehördliche Genehmigung benötigt man nun eine Aufhebung des Beschlusses vom 9.7.2008, dies ist eine reine Formsache.

GR Mag. Dr. Hirschmann fragt nach, ob es nun um die neue Widmung geht.

Bgm. Kreiser erklärt, dass es nur um die Aufhebung geht.

GR Mag. Dr. Hirschmann er war der Meinung, dass noch über die Kleingartenanlage beraten und ein Beschluss gefasst werden muss.

Bgm. Kreiser informiert, dass die Kleingartenanlage schon beschlossen und an das Land Tirol weitergeleitet wurde. Es geht nur mehr um die Aufhebung des alten Beschlusses. Wenn wir jetzt nicht aufheben, dann ist das ein Formalfehler vom Land der Tiroler Landesregierung.

GR Stolze-Witting fragt nach der ob es nicht reicht, dass das örtliche Raumordnungskonzept dies macht.

Beschluss:

Wie vom Land Tirol aufgefordert soll der Beschluss des Gemeinderates vom 9.7.2008 betreffend eine Sonderflächenwidmung für metallverarbeitende Betriebe gemäß § 43 Abs. 1 TROG 2011 auf Gst. 3194 aufgehoben werden.

Dies wird einstimmig beschlossen.

11. Sanierung Schwimmbad Zirl

a) Bericht des Obmannes über den Sanierungsfortschritt bzw. Umfang

VBgm. Steffan informiert, dass die Sanierung voran schreitet. Die Innenkabinen aus Holz wurden herausgerissen. Es gab Überraschungen beim Herausreißen, es gibt darunter nur ein Punktfundament. Der ganze Boden muss ausgeräumt werden. Bei der Küche es ist beim Herausreißen der Betonboden herausgerissen worden. Der Boden muss neu aufgebaut werden. Wir liegen jedoch weiterhin in den Kosten. Die Liste ist im Netz.

Es wurden schon Arbeiten an die Billigstbieter vergeben:
Firma Elektro Kreiser mit € 28.905,- sowie
Firma Glas aus Seefeld € 16.780,93

b) Allfällige Vergaben bzw. Zuschlagsentscheidungen und Beschlussfassungen

Bei den Schlosserarbeiten ist die Firma Raggl Metallbau GmbH aus Völs mit € 70.575,- Netto der Billigsbieter

Beschluss:

Der Firma Raggl Metallbau GmbH aus Völs soll der Zuschlag mit € 70.575,- Netto erteilt werden.

Dies wird einstimmig beschlossen

Die Fenster- und Türelemente aus Kunststoff-Alu wurden von der Firma Das Fensterstudio GmbH aus Innsbruck mit € 22.871,- am billigsten angeboten.

Beschluss:

Der Firma Das Fensterstudio GmbH aus Innsbruck soll der Zuschlag mit € 22.871 erteilt werden.

Dies wird einstimmig beschlossen

Bei der Einrichtung für Küche und Cafe ist die Firma Klumaier & Tanner mit € 108.383,- der Billigsbieter

Beschluss:

Die Firma Klumaier & Tanner soll den Zuschlag mit € 108.838 bekommen.

Dies wird einstimmig beschlossen

GR Winkler fragt nach, warum diese Angebot nicht im Ausschuss vorberaten wurden.

VBgm. Steffan informiert, dass diese zum Zeitpunkt einer Ausschuss-Einladung nicht da waren.

GR Prantl meint, dass ihm wichtig wäre, dass eine Kostenverfolgung gemacht wird. Man hört hier nur was die Kosten ausmachen. In gewissen Abständen soll dies dem Ausschuss vorgelegt werden. Bei Bauvorhaben dieser Art ist dies Usus.

Bgm. Kreiser erwähnt, dass dies im Ausschuss beraten werden sollte. Es ist hier eine kurze Bauzeit von nur 4 Monate. Der Ausschuss sollte vor Ort beim Schwimmbad die Begehung machen, gemeinsam mit Ing. Martin Plattner.

GR Mag. Hirschmann möchte, dass ein Soll-Ist-Vergleich gemacht wird. Die Zeitschiene sollte nicht gefährdet sein.

GR Stolze-Witting fragt nach der Forderung eines Gutachten und Risikoanalysen im Bescheid.

VBgm. Steffan weiß nicht, ob dies gemacht wurde. Mit der Übergabe an Firma IGP geht er davon aus, dass sie die Gutachten veranlasst sollten.

GR Schöpf möchte ebenfalls eine Kostenverfolgung. Wir haben einen Ausschuss, der das bearbeiten sollte. Der Gemeinderat sollte nicht mit Checklisten belastet werden, dies geht ihm zu weit.

Bgm. Kreiser erwähnt, dass bis zur Eröffnung des Schwimmbades noch 3 Ausschusssitzungen stattfinden.

c) Darlehensaufnahme laut Ausschreibung für die Schwimmbadsanierung

GR Mag. Neurauder berichtet, dass 10 Geldinstitute angeschrieben wurden für eine Darlehenshöhe von € 750.000,-, auf 15 Jahre. Sechs Institute haben abgegeben. Das günstigste war die BAWAG P.S.K. Der Ausschuss empfiehlt, dass bei Vertragsabschluss der Zinssatz nochmals beachtet werden sollte.

GR Mag. Hirschmann erwähnt, dass man beachten sollte, dass die € 750.000,- nicht auf einmal verbraucht werden müssen und deshalb ein Baukonto eingerichtet werden sollte oder in Tranchen verrechnet werden sollte.

Bgm. Kreiser informiert, dass nur der tatsächlich notwendige Betrag abgerufen wird. Wir brauchen erst die aufsichtsbehördliche Genehmigung, dann sollte der Vertrag unterschrieben werden und der Zinssatz genau zu diesem Zeitpunkt genommen werden.

Beschluss:

Die Darlehensvergabe soll an die BAWAG P.S.K. gehen mit 15 Jahren Laufzeit und einem Fixzinssatz für die Laufzeit von 10 Jahren von derzeit 3,234 % (Stand 11.1.2012). Die endgültige Zinssatzfixierung erfolgt zum Zeitpunkt der Darlehensaufnahme, gebunden an den 10-Jahres-Swap + 0,95 % - Punkte. Dies wird einstimmig beschlossen

12. Ansuchen um Erwerb einer Teilfläche von ca. 18 m² aus Gp. 1813/11 Am Anger für Reinhold Gspan

Bgm. Kreiser berichtet, dass das Ansuchen auf Erwerb einer Teilfläche neben der Gp. 1813/11 einmal Verkehrsausschuss und einmal Wirtschaftsausschuss war.

GR Kaufmann berichtet, ob aus Sicht des Straßenbauprojektes im Schönaueg keine Einwände gibt.

GR Mag. Neurauder berichtet, dass seitens des Bauamtes und Verkehrsausschuss geklärt werden soll, ob es Bedenken wegen des Straßenbauprojektes gab.

GR DI Schöpf meint, dass als Gemeinde neben einer Verkehrsfläche nie weggegeben werden sollte. Wer weiß, ob wir nicht irgendwann froh ist, dass die Gemeinde das Grundstück irgendwann brauchen.

GR Mag. Dr. Hirschmann meint, dass man froh sein soll, dass Solaranlagen gemacht werden. Vielleicht sollte man ein Konstrukt als Superedifikat andenken.

Bgm. Kreiser meint, dass die Solaranlage auch auf seinem eigenen Grundstück gemacht werden könnte.

VBgm. Stieger meint auch, dass am eigenen Grund die Solaranlage aufgestellt werden kann. Die Restfläche kann von der Gemeinde irgendwann gebraucht werden.

Beschluss:

Der Antrag auf Erwerb einer Teilfläche aus einem Straßengrundstück von ca. 18 m² neben Gp. 1813/11 wird mit 17 : 2 Stimmen abgelehnt.

13. Einräumung einer Dienstbarkeit einer Leitungsführung – Kleinwasserkraftwerk - auf Gst. 1488/1 KG Zirl für Ing. Roland Kluckner

GR Mag. Neuraüter berichtet über den Bau des Kleinkraftwerkes an der Grenze zu Petttau. Herr Ing. Kluckner möchte Wasser und Grund der Gemeinde in Anspruch nehmen. Von den Nutzungsberechtigten hat er die Genehmigung eingeholt. Die Angaben war jedoch sehr wage. Grundsätzlich war der Ausschuss schon für das Projekt, aber im Detail sollte es noch genauer angeschaut und beraten werden. Was ist z.B. der genaue Wert für die Nutzung.

GR Ing. Prantl fragt nach dem Wert für die Einräumung der Dienstbarkeit.

GR Mag. Neuraüter informiert, dass Herr Ing. Kluckner mit Land Tirol und Nutzungsberechtigten viele Gespräche geführt hat. Wenn er eine Wohlmeinung von der Marktgemeinde Zirl hat, würde er das Projekt genau ausarbeiten.

GR Mag. Öfner meint, dass ohne ein Projekt eine Wohlmeinung schwierig ist und er kann keine wohlmeinende Wohlmeinung abgeben könne.

Bgm. Kreiser meint, dass Herr Ing. Roland Kluckner eine Vorstellung des Projektes machen sollte und dieser Punkt vertagt wird.

Beschluss:

Herr Ing. Roland Kluckner soll eine technische und kaufmännische Abklärung seines Projektes machen. Bis daher wird dieser Tagesordnungspunkt vertagt. Der Gemeinderat stimmt einstimmig für eine Vertagung.

14. Veranstaltungssaal:
a) Bericht des Obmannes

GR Ing. Prantl berichtet von der Arbeitssitzung am 16.1.2012 mit dem Arch. DI Wolf Grossruck. Danach war noch die Sitzung des Sonderausschusses Veranstaltungssaal mit StB Rauch. Die Vertragsmuster von StB Rauch wurden durchgearbeitet, welche beispielhaft von StB Rauch zusammengestellt wurden. Der Gemeinderat sollte nun eine Wohlmeinung für eine Richtung angeben, damit weiter in die gewünschte Richtung beraten kann. Seiner Meinung nach zielt es in Richtung GmbH & Co KG. Das Vertragsmuster wurden in vielen Gemeinde angewandt und ist der Aufsichtsbehörde bekannt. Ein schnelles Genehmigungsverfahren von der Aufsichtsbehörde wäre zu erwarten.

b) Beratung über die Errichtung eines GmbH-Vertrages zur Geschäftsführung

GR Ing. Prantl berichtet über den Vertragsentwurf GmbH. Die Errichtungserklärung war im Netz. Sie muss den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.

Die wesentlichen Punkte dabei sind:

- GmbH würde errichtet in Form einer Sach-GmbH
- Gegenstand ist das Erwerben, Halten und Verwalten von Vermögen zur Schaffung einer Vermögenssubstanz
- Stammkapital beträgt € 35.000,-
- kein Notariatsakt zur Gründung notwendig
- Generalversammlung als Gesellschafterversammlung – im Wesentlichen die Gemeinde also der Gemeinderat
- Gründungskosten € 6.000,-
- Bestimmungen über die Auflösung der Gesellschaft
- aufsichtsbehördlichen Genehmigung

GR Mag. Dr. Hirschmann erklärt, dass er enttäuscht war vom Vertragsmuster. Ihm fehlt die Unterwerfungsklausel (GmbH unterwirft sich jederzeit dem Gemeinderat oder Überprüfungsausschuss). Welche Kontrollrechte gibt es bei dieser Gesellschaft?

GR Ing. Prantl meint, dass dies im GmbH & Co KG-Vertrag geregelt ist.

GR Mag. Dr. Hirschmann meint, dass er das auch in den GmbH-Vertrag schreiben würde. Im KG-Vertrag ist viel drinnen, aber nicht im GmbH-Vertrag.

GR Kaufmann meint, dass dies grundsätzlich nicht fertige Verträge sind, die heute beschlossen werden müssten. Er fragt nach, ob es geplant ist die Verträge ausarbeiten zu lassen.

GR Ing. Prantl kann dies bejahen. Erst dann kann es einen Beschluss des GR machen. Es sind Vertragsmuster.

GR Rangger meint, dass in diesem Fall die Berater gefordert wären. Hier muss viel Kontrolle da sein. Die Problematik in den Verträgen ist, dass die Gesellschaft am Markt bestehen will. Es gibt in der Realität Verzögerungen, die im Vorhinein berücksichtigt werden müssten. der Beirat kann die Aufgabe des Ausschusses werden. Er stellt zur Diskussion, ob es einen Ausschuss und einen Beirat braucht. Es geht um die Zeit bzw. die Geschwindigkeit.

GR Ing. Prantl erwähnt, dass sich sicherlich einiges relativieren könnte. Der Feinschliff fehlt.

Bgm. Kreiser erwähnt, dass es sich um eine juristische Person handelt, die außerhalb des Gemeinderates besteht. Eine Generalversammlung braucht 14 Tage Einberufungszeit. Die Generalversammlung ist der Gemeinderat. Es wird ein extrem langsamer Apparat. Die Überschreitungen sind der Generalversammlung und dem Beirat zuzuführen. Ein Gemeinderat benötigt laut Tiroler Gemeindeordnung 5 Tage zur Einberufung. Die Generalversammlungsinberufung sollte auch herab geschränkt werden.

Beschluss:

Der GmbH-Vertrag laut vorliegendem Muster von StB Mag. Rauch soll weiterberaten werden.

Dies wird einstimmig beschlossen

c) Beratung über die Errichtung eines GmbH & Co KG-Vertrages zur Betriebsführung

GR Ing. Prantl berichtet über den Vertrag mit 2 Parteien. Der Marktgemeinde Zirl als Kommanditist vertreten durch den Bürgermeister und 2 Mitglieder des Gemeinderates. Der Kommanditist haftet mit der Einlage. Der Komplementär haftet persönlich. Eine Haftung eines Privaten hat es laut StB Rauch bis jetzt noch nie als gegeben. Es ist die Frage wie es bis jetzt in andere Gemeinde gehandhabt wurde.

Die wesentlichen Punkte dabei sind:

- Gegenstand ist Erwerben, Halten und Verwaltung von Vermögen
- Betrieb gewerblicher Art – Saalbespielung usw. Wer macht die Saalvergaben?
- Kommanditist € 100,- Haftungseinlage
- Geschäftsführung ist an die Beschlüsse des Gemeinderates und Beirat gebunden
- Zeichnungsberechtigung mit 4 Augen-System.
- Beirat ist gleich der Gemeindevorstand
- Aufsichtsbehörde Genehmigung

VBgm. Stieger fragt nach der tatsächlichen Nutzung.

GR Ing. Prantl erwidert, dass die Saalnutzung und der Saalbetrieb durch die Gemeinde selbst erfolgt.

VBgm. Stieger meint, dass die GmbH & Co KG den Saal betreibt und nach wirtschaftlichen Überlegungen arbeitet. Ein Geschäftsführer wird angestellt.

GR Gspan meint, dass die Gemeinde in der Form eines Betriebes gewerblicher Art mietet, dadurch ist der Vorsteuerabzug gegeben.

VBgm. Stieger äußert, dass dies schwierig sei, weil Preis für die Saalmiete zu hoch sein könnte. Die Gemeinde hat so ein Konstrukt dazwischen. Der kalkulatorische Nutzungspreis für den Saal ist für ortsansässigen Verein zu subventionieren. Das landet bei dadurch bei der Gemeinde und niemand hat das Anhalten den besten Preis zu erzielen bei der Vermietung.

GR Ing. Prantl zitiert aus dem Protokoll von der Arbeitssitzung vom 16.1.2012.

VBgm. Stieger fragt nach, ob man muss bilanzieren und von Wirtschaftsprüfer prüfen lassen muss.

GR Ing. Prantl erklärt, dass sich die KG sich der Gemeinde bedienen kann, nur die GmbH muss bilanzieren.

VBgm. Stieger meint, dass der Saal angemietet und bespielt wird, ob die Gemeinde eine Einrichtung hat, wo sie Geld hereinbringen muss. Sonst hat man nicht die bestmögliche Auslastung.

GR Ing. Prantl erwähnt, dass vom Ausschuss jetzt schon mit Gspan Simon das Betriebskonzept erarbeitet wird.

Bgm. Kreiser meint, dass die Frage nach dem Saalbetrieb geprüft werden soll.

GR Rangger erwähnt, dass man mutig sein sollte. Vielleicht kann man den Saal auslasten. Die Geschäftsführung ist wo anders zu suchen und nicht in der Gemeinde.

GR Kaufmann meint, dass die Gemeinde die Spielregeln machen kann. Ein Engagierter von der Gemeinde kann genauso gut arbeiten. Das Betriebskonzept sollte gut sein. Nur bei 10 Veranstaltungen im Jahr ist es für dieses Projekt viel zu wenig. Die Interessen der Gemeinde sollen die Oberhand haben.

GR Mag. Dr. Hirschmann gibt zu bedenken, dass die Betriebskosten ca. € 2.000,- pro Tag sind. Es wird ein Millionengrab, wenn es nicht richtig bewirtschaftet wird.

GR Gspan meint, dass ein Betrieb gewerblicher Art ist ein umsatzsteuerliche Konstrukt ist.

VBgm. Stieger meint, dass bei einem Betrieb gewerblicher Art die Gemeinde ein ähnliches Konstrukt wie am Sportplatz hat. Bei einem Betrieb marktbestimmter Tätigkeit ist der Geschäftsführer dem Gemeinderat weisungsgebunden usw. Der Gemeinderat hat die Handhabe was wirklich los ist oder was er will. Mit vollem Einsatz sieht dies für sie anders aus.

Beschluss:

Die Betriebsführung als KG oder Betrieb gewerblicher Art soll vom Ausschuss beraten und geprüft werden.

Dies wird einstimmig beschlossen.

Bgm. Kreiser fragt nach dem Geschäftskonto mit einer Person aus der Marktgemeinde Zirl. Wer sollte das sein.

GR Ing. Prantl meint, dass es eine Person aus der Verwaltung sein sollte.

Bgm. Kreiser hat noch einige Fragen, die vom Ausschuss abgeklärt werden sollten.

Macht alles der Beirat, also 7 Personen also der Gemeindevorstand?

Ist der Geschäftsführer stimmberechtigt ja oder nein?

Ist die Anzahl mit 7 Mitgliedern nicht sehr groß?

Eine Stimmenweitergabe ist nicht möglich?

Die Vertretung mit Ersatzmitgliedern, ist es dienlich dass sich so viele mit diesem Projekt beschäftigen?

GR Stolze-Witting meint, ob man überhaupt einen Beirat braucht

Bgm. Kreiser erklärt, dass ein Beirat zwingend aus dem Gemeindevorstand besteht. Es ist für ihn widersprüchlich was bei einer vorzeitigen Beendigung passiert. Nur wenn ein Gemeindevorstand auf sein Mandat verzichtet, verliert er das Mandat nach der Gemeindeordnung.

GR Rangger ist der Meinung, dass bei Schaffung des Apparates jeder Einzelner der hier mitwirkt bezahlt werden sollte. Damit ist eine Verpflichtung verbunden.

GR Ing. Prantl erwähnt, dass dies im Moment ehrenamtlich ist.

Bgm. Kreiser fragt nach, was nach der Gründung der Gesellschaft mit dem Ausschuss passiert.

GR Ing. Prantl erwähnt, dass dies im Ausschuss diskutiert wurde. Der Ausschuss würde weiterhin seine Tätigkeit ausführen also vorberaten.

Bgm. Kreiser meint, dass nach der Gründung die Gesellschaft z.B. mit dem Architekten besprechen muss, also mit der KG. Die KG kann es nicht dem Ausschuss zuweisen. Der Ausschuss existiert im Vertrag nicht. Wir gründen eine Firma die das macht, also mit den Organen. Der Ausschuss ist nicht mehr rechtlich eingebunden.

GR Rangger könnte sich vorstellen, dass ein Teil des Ausschusses als Beirat installiert wird. Dies ist nur ein Vorschlag. Der Beirat ist das Kontrollorgan, denn die Mitglieder des Ausschusses haben sich am meisten damit auseinandergesetzt.

Bgm. Kreiser möchte dem Ausschuss den Auftrag zur Weiterentwicklung geben.

Beschluss:

Die angeführten Fragen sollen vom Ausschuss bearbeitet wird. Der Vertrag einer GmbH & Co KG soll verfeinert werden.

Der Auftrag wird einstimmig erteilt.

- d) Beratung über einen Geschäftsführervertrag und Beratung über die Bestellung eines oder mehrerer Geschäftsführer

GR Ing. Prantl informiert, dass im Ausschuss das Thema Geschäftsführer angesprochen wurde. Der Bürgermeister soll die Funktion des Geschäftsführer ausführt. Dies ist auch in den andere Gemeinde so. Weiters wäre ein zweiter Geschäftsführer sehr sinnvoll. Ausgestattet mit einzelner Vertretungsbefugnis oder gemeinsam. Die Empfehlung des Ausschusses lautet auf zwei Geschäftsführer, wobei einer davon der Bürgermeister sein sollte.

Bgm. Kreiser fragt nach, was die Aufgaben des Geschäftsführers sind. Ist die Aufgabe die Abwicklung oder nur die Unterschriftenleistung. Dies ist ein unterschiedliches Arbeitsumfeld. Wie wird die Bestellung gemacht und wie sind die Aufgaben bestimmt. Die Zeichnungsberechtigung ist zu klären.

Beschluss:

Der Ausschuss soll den Auftrag zur weiteren Beratung und Ausarbeitung eines Vertragsmusters für den Geschäftsführer erteilt bekommen.

Der Auftrag wird einstimmig erteilt.

- e) Vermögensausstattung der Gesellschaft (GmbH & Co KG – Übertragung der Liegenschaft GSt. 138 in EZ 962 (Bahnhofstraße 4)

Bgm. Kreiser informiert, dass das gesamte Grundstück mit vorheriger Bereinigung übergeben werden soll.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- f) finanzielle Ausstattung der Gesellschaft (GmbH & Co KG) – Darlehensaufnahme durch die Gesellschaft in der Höhe von ca. € 7 Mio. laut Kostenschätzung im Gemeinderatsbeschluss vom 24.2.2011

Bgm. Kreiser informiert, dass das Darlehen von der GmbH & Co KG aufnehmen muss. Also nicht von der Gemeinde. Zwar mit Abzug der Bedarfszuweisungen, die noch nicht bekannt

sind. Die Gemeinde muss die Haftung übernehmen. Oder die Gemeinde nimmt das Darlehen selbst auf, wenn die Gemeinde günstigere Zinsen bekommt und legt es dann ein. Beide Varianten sollten offen gehalten werden.

VBgm. Stieger fragt nach, wie es den Schuldenstand der Gemeinde betrifft, wenn die Gemeinde die € 7 Mio. aufgenommen werden.

Bgm. Kreiser informiert, dass wenn die KG das Darlehen aufnimmt, dann sieht man es bei den Haftungen. Dies ist aber nicht schlagend für den Schuldenstand.

GR Mag. Dr. Hirschmann meint, dass eine Bank der Gemeinde das Darlehen geben sollte und die Gemeinde gibt es 1 : 1 an die GmbH weiter. Die Gemeinde bekommt die besseren Konditionen.

Bgm. Kreiser fragt nach, wie es steuerlich mit den 2 Varianten aussieht. Dies soll StB Rauch erklären und prüfen.

Beschluss:

**Die Finanzielle Ausstattung soll in geeigneter Form erfolgen. Demensprechend soll der Ausschuss beauftragt werden dies zu prüfen
Dies wird einstimmig beschlossen.**

- g) Beratung im Hinblick auf Möglichkeiten einer anderweitigen Nutzung des projektierten Banklokales und weitere Vorgangsweise

GR Ing. Prantl informiert, dass über eine anderweitige Nutzung im Ausschuss diskutiert wurde. Die gemeindeeigenen Kommunikationsmedien sollen verwendet werden. Es sollen ca. 1/2 Jahr Interessenten gesucht werden. Dann erst soll über einen Makler gesucht werden. Über das Amt könnten Banken oder andere Frequenzbringer angeschrieben werden.

GR DI Schöpf fragt nach, ob die Räumlichkeiten drinnen bleiben. Wir versuchen jemanden zum Vermieten. Was ist wenn uns eine Vermietung nicht gelingt. Oder ist eine Nachnutzung für Vereine überhaupt ausgeschlossen oder doch nicht. Oder wird das Lokal aus der Planung genommen.

GR Ing. Prantl informiert, dass das Lokal in den ersten 6 Monaten mitgenommen werden soll. Mit dem Architekten sollte diskutiert werden. Die Gesellschaft muss dann auch den Architekten beauftragen. Es entstehen immer mehr Rechnungen ohne dass wir uns die Vorsteuer holen können. Zuerst gehört der Gesellschaftsvertrag her, dann kann die Planung weiter gehen. Die Planung liegt im Moment auf Eis.

GR Mag. Öfner meint, dass eine Fremdnutzung sollte unser primäres Ziel sein. Aber Plan B sollte mit bedacht werden. Braucht man das Vereinshaus. Ein Musikschulhaus als Alternative sollte ein Thema sein.

GR Rangger meint, dass wenn der Saal gebaut ist, die Eigennutzung viel zu teuer ist. Warum wird nicht sofort ein Makler eingeschaltet. Ein Preis von 8,- pro m² ist in Zirl viel zu teuer. Die Empfehlungen von Fachleuten waren weit drunter, ca. € 2,- m². Wir reden von 300 m². der Preis ist ein Thema bei der angespannten Zeit. Warum nicht einen Makler gleich hinzuziehen.

GR Mag. Dr. Hirschmann meint, dass er den Raum nie bauen würde, wenn man nicht damit weiß was tun. Lieber eine Reduzierung der m² als ein Millionengrab.

VBgm. Steffan meint, dass man heute terminisieren sollte, bis wann eine Fremdnutzung stehen soll. Oder es wird vom Bau abgetrennt. In der Mai-Sitzung muss die Entscheidung klar sein.

GR DI Schöpf würde sich auch sofort einen Profi holen. Ist in Summe sicher günstiger:

GR Ing. Prantl erklärt, dass von ihm erhoben wurde was marktüblich ist. Auch bei der Sparkasse. Der Makler kostet auch etwas. Also ca. 2 Brutto-Monatsmieten.

Bgm. Kreiser meint, dass wir selbst aktiv herangehen. Parallel soll das Angebot von einem Makler einholen werden. Bis Sommer muss es entschieden werden.

Beschluss:

Die Fläche soll aktiv beworben werden. Mittels Anschriften und Medien. Ein Maklerangebote soll einholen werden. Die Entscheidung soll bis Sommer getroffen werden, sonst erfolgt eine Umplanung.

Die Vorgangsweise wird einstimmig beschlossen

15. Winterdienst auf der B177 – Neuverhandlung und Kündigung der Vereinbarung mit dem Land Tirol

Bgm. Kreiser berichtet kurz vom Anliegen des Bauhofes.

GR Kaufmann berichtet aus dem Verkehrsausschuss von der Vereinbarung mit dem Land Tirol. Die Nordumfahrung wird vom Bauhof geräumt. Der Vertrag mit € 1.400,- kann jährlich gekündigt werden. Die Räumung ist sehr aufwendig. Die Bundesstraße ist sofort zu räumen und die eigenen Straßen erst danach. Die Straßen in Zirl werden immer mehr. Der Ausschuss war einstimmig der Meinung, dass der Vertrag mit 30.6.2012 gekündigt werden sollte, damit wir im nächsten Winter das nicht mehr brauchen.

GR Mag. Dr. Hirschmann erwähnt, dass der Winter heuer extrem war. In einem normalen Winter ist das kein erhöhter Aufwand. Er ist kein Fan davon, die Aufgabe an eine andere Behörde zu übergeben.

Beschluss:

Die Vereinbarung mit dem Land Tirol auf Durchführung des Winterdienstes auf den Rampen der B 177 – Seefelder Straße im Bereich Weinhof und im Bereich Schloßhäusl soll mit 30.5.2012 gekündigt werden.

Es wird mit 18 : 1 Stimmen beschlossen die Vereinbarung zu kündigen.

16. Straßenbauprojekte

a) Bericht des Obmannes

GR Kaufmann berichtet über den Privatweg Weineckstraße und Kalvarienbergweg, jene bei den Neubauten. Es hat eine Besprechung im Amt gegeben um für die 20 Anlieger eine Übernahme ins öffentliche Gut zu veranlassen. Die örtliche Erschließung ist ein großer Vorteil für die Gemeinde. Es gibt jetzt im Moment kein Projekt jedoch man ist durchaus gesprächsbereit bei einer Einigung der Anlieger.

Weiters bei der Verbindung Kalvarienbergstraße aufwärts. Hier besteht ein großes öffentliches Interesse. Die Straße wird stark befahren und ist ohne Asphaltdecke eine Belastung. In ca. 14 Tage bis 3 Wochen wird man hören wie die Anrainer dazu stehen.

b) Kalvarienbergweg - Weineck, Franz- Plattner-Straße – weitere Vorgangsweise

GR Kaufmann berichtet von der Franz-Plattner-Straße Mitte und Freiongstraße. Diese ist im Moment eine Privatstraße. Es wäre für die Gemeinde wichtig dort eine örtliche Erschließung zu machen. Es gibt eine fertige Planung aus dem Jahr 2008 südlich der Franz-Plattner-Straße. Die Frage ist ob man das mit oder ohne Gehsteig macht. Es würde eine Straße mit 4,5 m Fahrbahn und 1,5 Gehsteig gehören. Das Interesse der Anrainer ist grundsätzlich für einen öffentlichen Weg. Der Vorschlag des Ausschusses ist, dass man die Franz-Plattner-Straße Süd in Umsetzung bringt. Weiters sollte in der Franz-Plattner-Straße Mitte und Freiongweg eine Planung gemacht und eine Anrainerbesprechung veranstaltet werden. Dann könnte man alles zusammen in einer Verhandlung straßenbaumäßig verhandeln. Aber in 2 Baustufen verwirklichen.

GR Stolze-Witting erwähnt, dass im Ortsleitbild der Sicherstellung der innerörtlichen Mobilität Vorrang erteilt wurde. Die 1,5 m Gehweg widerspricht hier. Eine Gehwegbreite von 1,5 m ist nicht der Standard, sondern 2,20 m. Es sind viele Kinder in diesem Bereich, die den Gehweg benutzen.

VBgm. Stieger sieht grundsätzlich, dass das ein sehr sensibles Gebiet mit zwei Verkehrsverhandlungen wäre.

GR Mag. Dr. Hirschmann meint, dass er sich persönlich die Franz-Plattner-Straße Mitte angeschaut hat. Es sind 52 Kinder in der Früh gegangen. In Gruppen von bis zu 8 Kindern. Die haben bei 1,50 m Gehweg nicht genügend Platz. Am Freiongweg waren 20 Autos und 16 Kinder. Hier müssten einige Leute enteignet werden. Er ist ein Gegner von dem Projekt.

GR Kaufmann erwidert, dass man ablösen und nicht enteignen müsste.

GR Plattner wohnt im Wetterkreuzweg, hier gibt es auch keinen Gehweg. Hier gehen sehr viele Kinder und jeder passt auf.

GR Mag. Öfner sieht hier verschiedene Philosophien. Hier verstärkt man ein Argument mit den Kindern. Er sieht eine gewisse Dringlichkeit.

GR Hochrainer erklärt zu den Enteigneten, dass die Zäune schon so weit zurückgerückt sind.

GR Rangger findet es auch, dass die Kinder nur vorgeschoben werden. Alle 3 Wegen sind wichtig zu machen in welcher Reihenfolge ist egal. Der Freiongweg ist lebensgefährlich. Das ist Realität, hier muss etwas gemacht werden.

VBgm. Steffan meint, dass je breiter eine Strasse ist, desto schneller wird gefahren. Es sollte ein befahrbarer Gehsteig gemacht werden.

GR Stolze-Witting geht es nicht nur um die Kinder, sondern auch um Mütter mit Kinderwagen. Sie sieht die grundsätzliche Diskussion ob Gehsteig oder überhaupt kein Gehweg. Die Verkehrsflächen sollen gestaltet werden, es gilt der Lenkungsgedanken. Dies sind Projekte mit wenig Esprit und sie wünscht sich mehr Innovation.

GR Gspan sagt zum Thema Enteignung, die meisten von den Anwohner wissen dass abgetreten werden muss. Die anderen Anrainer sind eh nicht dagegen.

Beschluss:

**Der Bericht über der Projekt Kalvarienbergweg – Weineckstraße wird zur Kenntnis genommen. Das Projekt soll vorrangig weiterbetreiben werden.
Dies wird einstimmig beschlossen**

Beschluss:

**Beim Projekt Franz-Plattner-Straße Mitte und Freiweg soll es eine weitere Besprechung mit den Anrainern geben. Wenn die Projekte vor liegen soll eine Straßenbauverhandlung vorbereiten werden
Dies wird mit 18 : 1 Stimmen beschlossen.**

Beschluss

**Das bestehende Straßenbauprojekt Franz-Plattner-Straße Süd soll umgesetzt werden. Eine Straßenbauverhandlung soll vorbereitet werden.
Dies wird einstimmig beschlossen.**

17. Bericht des Obmannes Leitungsausschuss ´szenzi und Sprengel

GR Mag. Öfner berichtet über den Wechsel des Personals. Es gab Probleme mit Krankheiten und unerwarteten Abgängen. Der Betrieb läuft auch in der angespannten Situation äußerst gut. Eine Revitalisierung der Tagespflege soll gemacht werden. Es steht ein neues Projekt für die Tagespflege im Netz, ausgearbeitet von Robert Kaufmann und Martina Laner. Dieses Projekt wurde im Ausschuss besprochen. Es geht um Termine mit Sozialarbeitern, das Service von Ärzten. Leider wird die Tagespflege derzeit nicht in Anspruch genommen.

Betreubare Wohnen – zu Weihnachten es gab ein Schreiben an alle Bewohner und Zelten wurde geschenkt. Die Neue Heimat macht eine Mieterversammlung. Es soll eine bessere Anbindung dieses Hauses gemacht werden. Es sollen Strukturen geschaffen werden, damit die Bewohner besser angebunden sind.

GR Mag. Öfner legt einen Antrag von VBgm. Stieger, Laner Martina und Helga Schneitter und ihm selbst vor, betreffend einer Clearingstelle in der MG ZIrl – Budgetmittel für die Erarbeitung von 2 Umfragen Bürgerservice. Es sollen ca. € 15.000,- zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss:

**Dem Antrag soll die Dringlichkeit zuerkannt werden.
Die Dringlichkeit wird einstimmig zuerkannt.**

Beschluss:

**Für Clearingstelle sollen die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Entscheidungskompetenz und weitere Abwicklung soll an den Leitungsausschuss übertragen werden.
Dies wird einstimmig beschlossen**

18. Anfragen an den Gemeindevorstand und die Referenten

Keine Anfragen.

19. Allfälliges, Anträge und Anfragen

Bgm. Kreiser berichtet von den Teilnehmern an den Youth Olympic Games mit ihren Erfolgen. Es gab 2 Silbermedaillen (Anna Schmid und Carina Mair) und Tollinger Elias war 6. und 8. in seiner Disziplin. Es soll eine kleine Feier veranstaltet werden. In ca. 2 – 3 Wochen mit dem gesamten Gemeinerat und den Sportlern.

Beschluss:

Dem Antrag soll die Dringlichkeit zuerkannt werden.

GR Hochrainer fragt nach, ob noch weitere Zirler bei den YOG teilgenommen haben.

VBgm. Steffan informiert, dass es nur 3 Teilnehmer aus Zirl waren.

Bgm. Kreiser meint, dass jeder Teilnehmer 10 -15 Personen (Familie, Betreuer usw.) mitnehmen könnte plus alle Gemeinderäte. Es könnte ein Buffet und eine entsprechende Ehrung und Anerkennung geben.

GR Mag. Dr. Hirschmann fragt nach, ob als Geschenk ein Gutschein ein Thema wäre.

Beschluss:

Es soll eine kleine Feier für die 3 Teilnehmer an der Jugendolympiade geben. Alle Gemeinderäte werden dazu eingeladen.

Dies wird einstimmig beschlossen.

Bgm. Kreiser informiert über ein Schreiben des Tiroler Gemeindeverbandes vom 10.1.2012 betreffend den jährlichen Betrag von € 1,- pro Einwohnergleichwert (wertgesichert) für das Rote Kreuz.

Weiters über die Verkehrssicherheitsinspektion 2011 der Marktgemeinde Zirl vom der KfV Sicherheit-Service GmbH. Das Endkonzept liegt jetzt vor.

GR Mag. Hirschmann fragt nach dem Thema Schneeräumung. In Innsbruck war es schon Thema wohin der Schnee kommt. Wohin kommt er in Zirl.

Bgm. Kreiser informiert, dass der frische Schnee weiterhin in den Schloßbach verbracht werden kann. Aber bei großen Mengen wird er am Festplatz abgelagert. Jedoch muss beim Schloßbach auf eine Staubbildung geachtet werden. Schnee mit Splitt ist Sondermüll. Der müsste entsorgt werden, jedoch wird der möglichst wenig verwendet. Dies wäre ja Sondermüll der zum Entsorgen noch bezahlt werden muss.

GR Stolze-Witting fragt nach der Franz-Plattner-Strasse hier fehlt ein Verkehrsspiegel. Bei Schneeräumung kann es im Kreuzungsbereich zu Beeinträchtigungen kommen.

Bgm. Kreiser versichert, es rasch versucht wird alles wegzuführen. Während dem Winterräumdienst geht es nicht anders.

GR Hochrainer fragt nochmals nach der Feier mit den Sportler YOG, ob es eine Einladung an der Presse geben sollte.

GR Kapferer fragt nach, warum der neue Recyclinghof am Samstag nicht mehr geöffnet sein wird. Er findet es nicht gut, dass am Samstag nicht mehr offen sein soll.

Bgm. Kreiser erklärt, dass vom Gemeindevorstand die Freitagsöffnung als bessere Entsorgungszeit (13 – 19 Uhr) gesehen wurde. Dies ist auch von der Personalabwicklung einfacher.

GR Kaufmann möchte für den neuen Sitzungssaal den Kauf einer Kaffeemaschine anregen.

Gr DI Schöpf meint, dass am Schönauweg die Löcher sehr groß sind. Weiters möchte er wissen, warum die Ansiedlung von einem Gewerbebetrieb in Zirl € 180,- pro m² kosten. Im Vergleich dazu € 80,- in Polling . Diese offene Abfallbewirtschaftung bei Freudenthaler ist eine massive Beeinträchtigung.

Bgm. Kreiser informiert, dass die Firma Freudenthaler nach dem Abfallwirtschaftsgesetz verhandelt worden ist. Die Gemeinde hat weder Einfluss darauf, noch Parteistellung.

Ende: 23:13 Uhr

Bgm DI (FH) Josef Kreiser

Schriftführer: Mag. Alexandra Hörtnagl

1.VBgm Johanna Stieger

2.VBgm Erich Steffan